



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XXI/93 - 23. April 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 21834-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Vor der Atomdebatte im Bundestag	S. 1
Bonn im Sog der atomaren Aufrüstung	S. 3
Merkwürdiges Bistumsblatt	S. 5
Wieder Neues über den Sklavenhandel	S. 6
Kirchenvertrag in Schleswig-Holstein	S. 8

Nicht ausweichen!

G.M. Es ist merkwürdig. Immer wenn das deutsche Volk vor die Entscheidung über eine Lebensfrage gestellt wird, erhebt sich irgend jemand, der diesem Volk einreden will, es könne und solle sich nicht mit einem so gewaltigen Problem "belasten". Einmal hiess es in der deutschen Geschichte "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche"; ein anderes Mal, "Ein Volk, ein Reich, ein Führer". Das waren jeweils die Signale zur Ausschaltung des eigenen Denkprozesses unseres Volkes. Was dann folgte, ist so hinreichend bekannt, dass man es kaum wohl noch in Erinnerung zu rufen braucht.

Nach dem ersten Schock über den Gewissensappell der 18 deutschen Atomforscher mehren sich seit einigen Tagen die offiziellen und offiziellen Stimmen, die der Meinung Ausdruck geben, es wäre doch nicht gut, die Frage der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik zum Gegenstand eines "Parteienstreites" oder gar des Wahlkampfes zu machen. In Ozeanansprachen und nachsterlichen Artikeln wird dem Volk empfohlen, Vertrauen zu seiner Führung zu haben, sich nicht unnötig zu belasten und die Entscheidung denen zu überlassen, die von berufswegen dem letzten Einblick in die militärischen, politischen und wissenschaftlichen Aspekte der Atomgefahr haben. Das sieht dann etwa so aus: "Es wäre trotzdem besser, der Wähler würde durch eine solche Entscheidung nicht vor eine Verantwortung gestellt, die er in ihrer ganzen Tragweite nicht zu übersehen vermag, sondern er würde vor kleinere und konkretere Entscheidungen gestellt."

Eines der stärksten Fundamente der Demokratie ist die maximale Mitarbeit des Staatsbürgers an allen politischen Entscheidungen, an den grossen wie an den kleinen. Diktaturen können es sich leisten, den Bürger zum Glauben an die Unfehlbarkeit der Führung zu erziehen. Sie müssen das sogar tun, da sie sonst überhaupt nicht existieren könnten. Taucht in der Demokratie ein Problem auf, das für den einzelnen Staatsbürger schwer überschaubar ist oder dessen Lösung besonders schwierig erscheint, dann hat die demokratische Staatsführung die Pflicht, den Bürger bei der Suche nach der Wahrheit und bei dem Versuch, die eigene Entscheidung zu treffen, nach besten Kräften zu unterstützen. Versagt sich die demokratische Staatsführung dieser Aufgabe, dann hat sie das Recht verwirkt, sich demokratisch zu nennen.

Bei der Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr mit Atomwaffen -2-

23. April 1957

und beim Problem der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik geht es nicht um ein rein militärisches oder wissenschaftliches Fachproblem; hier geht es um die physische und politische Existenz der ganzen Nation. Das Unglück der bisherigen Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit und die Art der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik liegt im tiefsten in der Tatsache begründet, dass man von Regierungssseite stets versucht hat, die militärische Entscheidung vor die politische Entscheidung zu stellen. Viele Diskussionen hierüber erschöpften sich in der gegenseitigen Aufrechnung von Divisionanzahlen, Panzerstärken und sonstigen rein militärischen Überlegungen. Das Politikum kam hierbei zu kurz; es verschwand zeitweise sogar im Hintergrund.

Setzt, bei der Diskussion über die atomare Aufrüstung wird selbst dem Laien in militärischen Fragen klar, dass die Zerstörungskraft der modernen Kernwaffen die politische Entscheidung über deren Einsatz geradezu herausfordert. Im Weissbuch des britischen Verteidigungsministers wird offen erklärt, dass es keine Mittel gibt, um die Bevölkerung eines Landes gegen die Folgen eines Atomangriffes zu schützen. Hier haben die Experten gesprochen, und die müssen es ja wissen. Es ist daher heute völlig sinnlos, in diesen Fragen militärische oder fachwissenschaftliche Erörterungen allein zur Grundlage der letzten Entscheidung zu machen. Hier muss eine politische Entscheidung getroffen werden, und diese verlangt die Einsicht, möglichst jeden Staatsbürgers.

Das Problem der Sicherheit ist im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Ost und West mit atomaren Waffen nicht zur Erörterung gestellt, weil es in diesem Fall überhaupt keine Sicherheit mehr gibt. Die Sicherheit unseres Volkes hängt von den politischen Entscheidungen ab, die wir treffen, und die eine Bundesregierung bereit ist, als positiven Beitrag in die weltweite Diskussion über den Rüstungsstopp und die Abrüstung beizusteuern. Die militärische, aber auch die politische Sicherheit unseres Volkes liegt in der Einsicht begründet, dass wir eine Regierung brauchen, die gewillt ist, einen effektiven Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West zu leisten. Die Fortsetzung der Politik mit der Drohung, den atomaren Krieg zu beginnen oder einen atomaren Angriff "vergeltet" zu wollen, ist der Anacklauf in die Unsicherheit.

Diese Überlegungen haben die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dazu bestimmt, den Bundestag zu veranlassen, so schnell wie möglich vor dem Forum des Parlaments selbst alle mit der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik zusammenhängenden Fragen öffentlich zu erörtern. Nachdem auch heute die stärkste Regierungspartei, die CDU, nach anfänglichen Zögern dem Druck der Opposition und der öffentlichen Meinung nachgegeben hat und die Debatte über die grosse Atomfrage der SPD bereits am 3. Mai stattfinden wird, gibt es kein Ausweichen mehr. Unser Volk soll und muss die letzten Gefahren kennenlernen, die ihm durch die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und die Fortsetzung des atomaren Rüstungswettlaufes drohen. Diejenigen aber, die der Meinung sind, man sollte unser Volk nicht mit diesen Fragen "belasten", erweisen der Sache des Friedens einen schlechten Dienst.

23. April 1957

Einige Daten, die man sich merken sollte

Mit einem grossangelegten Vernebelungsangriff auf das Bewusstsein der Bundesrepublikaner hat die Regierung in der Woche vor Ostern versucht, den Appell der 18 Atomwissenschaftler zu bagatellisieren und ihre eigene Haltung zur Frage der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik so verwirrend darzustellen, dass es für den unbefangenen Zeitgenossen schwierig ist, Wahrheit und Lüge auseinanderzuhalten. Deshalb mögen einige Daten als Gedächtnisstütze für die weitere Entwicklung der Diskussion über die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik dienen.

Am 20. Februar 1957 schreibt die von der Bundesregierung unterstützte "Die Europäische Zeitung" unter der Überschrift: "Soll Europa Atomwaffen produzieren? - Auf die Dauer reichen die amerikanischen Lieferungen an Atom-Material nicht aus":

"Manche Ereignisse der letzten Zeit verleihen der Frage der Herstellung von Atomwaffen in Europa zunehmende Aktualität. Wie sehr man es auch bedauern mag: der Gedanke einer ausschliesslich friedlichen Nutzung der Atomenergie, besonders im Rahmen von EURATOM ist durch die Entwicklung überholt. (Von der Zeitung gesperrt.) ... Die taktischen Waffen gehören zweifellos in naher Zukunft zu den konventionellen (Gespart von der Europäischen Zeitung) Waffen. Unter diesen Voraussetzungen ist es zweifelhaft, ob sich Europa - ohne Eigenherzeugung - auf die amerikanischen Atomwaffen verlassen darf. ... Herstellung unter eigener Regie wird eine absolute Notwendigkeit sein. ... Es ist daher zu erwägen, ob Europa sich nicht schon jetzt zu der erforderlichen Forschungs- und Produktionsvorbereitung entschliessen sollte.

Einen Monat später am 22. März erklärte Adenauer laut "Münchener Zeitung" vom 23. März auf der Bundespressekonferenz in Bonn, dass

"in der durch den britischen Truppenabzug veranlassten Umrüstungsdiskussion auch die gemeinsame europäische Atomwaffenproduktion unter deutscher Beteiligung zur Diskussion steht."

In denselben Tagen polemisierte Bundesverteidigungsminister Strauss auf einer Versammlung in Kiel laut Lokalpresse dagegen, dass man der Bundeswehr zurute, ohne Atomwaffen auszukommen. Die Bundeswehr werde

"auch mit Fernraketen ausgerüstet werden, denn das liegt im Zuge dessen, was man Umrüstung nennt."

Auch Aussenminister von Brentano bestätigte etwa zu gleicher Zeit:

"Die Bundesregierung verlangt nicht mehr an Atomwaffen, als die politische und militärische Lage erfordert."

Am 25. März meldet die "Neue Presse" in Frankfurt/M., Generalleutnant Heusinger, Chef des Führungsstabes der Bundeswehr,

"bemüht sich in den USA um Atomwaffen für die Bundeswehr."

Am 5. April d.J. sagt Adenauer vor der Presse in Bonn laut einer

stenografischen Aufnahme des "Spiegel":

"Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik, wie wir sie leider jetzt haben, wir nicht darauf verzichten können, dass unsere Truppen auch bei uns...die neuesten Typen haben und die neueste Entwicklung mitmachen." ...wir Deutsche können diese Entwicklung nicht stoppen. Wir müssen uns der Entwicklung anpassen..."

Am 9. April überrascht der Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Reinhold Maier auf einer Pressekonferenz in Bonn die Öffentlichkeit mit der Mitteilung (Quelle dpa, AP und UP):

"In der Bundesrepublik besteht die Gefahr einer Umstellung der friedlichen Atomforschung für militärische Zwecke. Den Plänen für eine eigene deutsche Atomwaffenproduktion muss man schon im Anfang Widerstand leisten und unter Umständen einen Sturm der Entrüstung entfachen."

Wissenschaftler, die sich an ihn gewandt hätten, befürchteten nicht ohne Grund, dass an die weitere Vergabe öffentlicher Mittel für die wissenschaftliche Forschung die Bedingung einer "Ausweitung des Arbeitsgebiets" nach der militärischen Seite hin geknüpft werde. - Eine Woche später spricht Maier nochmals von "amtlichen Versuchen", die deutsche Atomwissenschaft ...auf die Herstellung von Vernichtungswaffen abzulenken."

Einen Tag bevor der Gewissensaufschrei deutscher Atomgelehrter bekannt wird, am 11. April d.J., meldet die amerikanische Nachrichtenagentur United Press aus New York:

"Bundesverteidigungsminister F.J. Strauss hält es für möglich, dass die Bundesrepublik die Erlaubnis erhalten werde, einige Bestandteile für Atombomben zu produzieren."

Die Agentur beruft sich für diese sensationelle Meldung auf ein Interview, das Strauss dem Vertreter der amerikanischen Zeitschrift "Reporter" gegeben hat. Wörtlich führt der "Reporter" fort:

"Sowohl es Deutschland nach dem Pariser Abkommen nicht gestattet ist, Atomwaffen zu produzieren, verwies sich Strauss darauf, dass es keine gesetzlichen Beschränkungen für Forschungsarbeiten für den Bau solcher Waffen oder ihren Entwurf auf dem Reissbrett gebe. Auch könne die Bundesrepublik im Einvernehmen mit seinen Partnern in der westeuropäischen Union einige Teile einer "europäischen Atombombe" produzieren. Auf die Frage, ob gegenwärtig in Paris unlaufende Berichte zuträfen, wonach er (Strauss) mit dem französischen Minister für Verteidigung Maurice Bourges-Maunoury übereingekommen sei, dass sich Deutschland an der Entwicklung "europäischer" Atomwaffen beteilige, antwortete Strauss, solche Berichte seien verfrüht. Die Frage sei jedoch in dem Programm der französisch-deutschen Zusammenarbeit zur Erforschung und Entwicklung atomarer Waffen nicht ausgeschlossen worden, wie es bei seinem kürzlichen Besuch auf dem französischen Versuchsfeld in der Sahara bei Colomb-Bechar mit dem französischen Verteidigungsminister bereits besprochen worden sei."

Einen Tag nach Bekanntgabe dieses aufschlussreichen Interviews

23. April 1957

erklären 18 deutsche Atomwissenschaftler, sie seien nicht bereit, an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen mitzuwirken. Am 13. April berichtet der Bonner Journalist Peter Hopfen verschiedenen Zeitungen im Bundesgebiet:

"Frankreich wird seine fünf EURATOM-Partner einschliesslich der Bundesrepublik auffordern, eine gemeinsame Atomwaffenproduktion aufzunehmen. Diese Aufforderung wird in unterrichteten Kreisen Bonns spätestens im nächsten Jahr... erwartet. ... Deutsche Stellen sollen ihnen (den Wissenschaftlern! Anmerkung der Red.) gegenüber ihr Interesse an entsprechenden Vorbereitungen (der Entwicklung einer Atombombe - Anmerkung der Red.) auch der deutschen Wissenschaft gezeigt haben."

Und schliesslich bemerkt die "Süddeutsche Zeitung" in einem Kommentar von Jesco v. Puttkammer am 17. April:

"...doch steht die Behauptung des SPD-Vorsitzenden Reinhold Maier, an deutsche Wissenschaftler sei die Anfrage nach militärischer Mitarbeit ergangen, immer noch ungeklärt im Raum... Tatsache und durchaus kein Geheimnis ist jedenfalls, dass in der Hauptabteilung X des Verteidigungsministeriums die Referate "Allgemeine Physik und Kernphysik", "Gelenkte Flugkörper" und "ABC-Abwehr" existieren".

* * *

Verkwühdiges Bistumsblatt

sp - Das Würzburger Bistumsblatt schreibt in seiner Ausgabe Nr 16 - Osterausgabe - zu der Göttinger Erklärung der 18 deutschen Atomwissenschaftler u. a.:

"... Man möchte fast vermuten, dass dahinter kommunistische Drahtzieher stecken; unsere Intelligenz, auch Nobelpreisträger sind ja vielfach für kommunistische Ideologie anfällig. Und der Schritt der Göttinger Professoren passt genau in die kommunistische Strategie ..."

Man bezeichnete weiter die Erklärung der Professoren als eine willkommene Schützenhilfe für die SPD und behauptet abschliessend, dass die Verquickung "wissenschaftlicher Erkenntnisse mit politischen Forderungen, die völlig einseitig gestellt werden und von der Wirklichkeit absehen, die Aktion von Göttingen unglaubwürdig macht."

Wie mag es in den Köpfen der Leute aussehen, die für das Würzburger Bistumsblatt verantwortlich zeichnen?

+ - +

"Menschliche Ware"

ICO. Aus den Beratungen des Unterausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Zwangsarbeit und der Sklaverei wurde vor einiger Zeit bekannt, dass reiche Mekkapilger aus Afrika sich statt Reisegeld eine grosse Zahl von Bediensteten mitnehmen, die sie dann unterwegs als Sklaven verkaufen.

Inzwischen wurden neue Tatsachen bekannt, aus denen hervorgeht, dass es wieder andere wohlhabende Mekkapilger gibt, die die Pilgerfahrt gerade dazu benützen, sich mit neuen Sklaven einzudecken, da die Sklaverei und der Sklavenhandel in Saudiarabien, dem neuesten Verbündeten der Vereinigten Staaten, gesetzlich zugelassen und gesetzlich geschützt sind. Infolgedessen werden auch aus vielen afrikanischen und arabischen Ländern ständig Sklaven auf den Sklavenmarkt nach Mekka transportiert.

Einer der Haupt-"Exporthäfen"

Für Sklaven aus Afrika ist das noch in französischem Besitz befindliche Djibouti, von wo die Eisenbahn nach der abessinischen Hauptstadt Addis Abeba fährt. Natürlich ist in der kleinen Kolonie Französisch-Somaliland wie in allen französischen Besitzungen der Sklavenbesitz und der Sklavenhandel verboten. Aber das stört die Sklavenhändler nicht. Sie kommen mit ihren Sklaventransporten gewöhnlich zur Nachtzeit aus Abessinien in der Hafenstadt an. Vor der Einschiffung der Sklaven auf offenen arabischer Dhaus (Segelbooten) machen Agenten die Motoren der im Hafen liegender Barkassen unbrauchbar, die normalerweise für den Transport der in den Seeschiffen ankommenden und abgehenden Reisenden benützt werden. Auch die Hafenz Polizei bedient sich dieser Motorboote, und sie ist dann ausserstande, die Sklavenboote zu verfolgen. Gelingt es der Polizei dennoch, ein Motorboot zu mobilisieren, so scheuen sich die Klavenhändler nicht, ihre ganze menschliche Fracht ins Meer zu werfen, so dass man ihnen nichts nachweisen kann, wenn ihre Boote aufgebracht werden.

Die Boote gehen nach Dscheddah, dem Pilgerhafen von Mekka. In Dscheddah selber, das heute moderne Hotels neben altertümlichen Pilgerherbergen besitzt, ist es durchaus üblich, dass reiche Araber für sich und ihre "Familie", die gewöhnlich aus Sklavinnen und bevorzugten Bediensteten besteht, ganze Zimmersuiten mieten, bis sie von ihrer Mekka-Pilgerschaft nach Hause fahren.

Auch über den Sklavenhandel, der im kommunistischen China noch

immer blüht, liegen neue Tatsachen vor. Im Sozialausschuss der Vereinten Nationen wurde bekanntgegeben, dass das rote China jährlich an Opiumschmuggel (in China selber ist der Opiumgenuss streng verboten und wird schwer bestraft) etwa 250 Millionen Dollar verdient. Die Opiumhändler selber verdienen noch weit mehr. Aber die Opiumschmuggler führen nicht nur das Rauschgift, sondern auch

menschliche Ware aus China

aus, vor allem kleine Mädchen und Buben. In Hongkong kommt es an der Grenze gegen das rote China immer wieder zu nächtlichen Schiessereien, wenn die britische Militärpolizei auf der Spur ist.

Das "Recht" zur Ausfuhr von Opium und Kindersklaven verpachtet die kommunistische Regierung Chinas gegen hohe Gebühren, an die "nationalen Kapitalisten" Chinas, die wieder zum Handel zugelassen sind. Von Zeit zu Zeit wird ein solcher "Kinderhändler" auch einmal verhaftet und eingesperrt, weil die chinesische Wirtschaftsplanung die Kinderarbeit im "nationalen Interesse" zur Steigerung der Produktion auch selber organisiert. Neben den Besserungsanstalten und Arbeitshäusern, in die man z.B. alle Schanghaier Dirnen zur "Umerziehung" eingewiesen hat, damit sie sozial nützliche Arbeit verrichten, gibt es dort auch noch die berüchtigten

Kinderspinnereien,

in denen Mädchen von 11 und 12 Jahren zwölf bis vierzehn Stunden täglich an besonders niedrigen Kinderspinnmaschinen arbeiten müssen. Die Maschinen dieser besonderen Konstruktion waren in England bis etwa 1865 in Gebrauch, als man die Kinderarbeit in den Fabriken verbot. Sie wurden dann weiter in England zum Export nach China und Afrika hergestellt, und heute findet diese Konstruktion in Schanghai noch immer Verwendung, da die chinesische Maschinenindustrie sie den alten Modellen nachbaut.

* * *

Kirchenvertrag in Schleswig-Holstein

zu, Kiel

Am Dienstag nach Ostern ist zwischen den drei evangelisch-lutherischen Kirchen in Schleswig-Holstein und dem CDU-Ministerpräsidenten von Hassel sowie dessen Kultusminister Osterloh ein Kirchenvertrag unterschrieben worden, durch welchen das allgemeine Verhältnis zwischen Staat und Kirche im Lande Schleswig-Holstein geregelt wird. Der Vertrag wird rechtswirksam, wenn er die Billigung der Synode und des Landtages findet, wobei es nur Zustimmung oder Ablehnung gibt.

Zum ersten Mal ist ein solcher Vertrag mit einer von der CDU geführten Landesregierung abgeschlossen worden. Bereits 1931 schloss der sozialdemokratische Ministerpräsident von Preussen, Braun, mit den Landeskirchen des damaligen Freistaates einen Vertrag ab, der das nach 1918 völlig veränderte Verhältnis der Kirche zum Staate berücksichtigte.

1955 schloss dann der niedersächsische sozialdemokratische Ministerpräsident Kopf im historischen Kloster zu Loccum einen Kirchenvertrag für das Land Niedersachsen ab, einem Teil des ehemaligen preussischen Staates. Auch dieses Vertragswerk kam auf Grund fairer Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern zustande. Er löste ganz bewusst den Kirchenvertrag von 1931 nicht auf, um die Rechtsgrundlagen der Landeskirchen in der Sowjetzone nicht zu zerstören.

Der nun in Schleswig-Holstein feierlich unterzeichnete Kirchenvertrag baut auf die zwischen den evangelischen Landeskirchen und sozialdemokratischen Regierungschefs entwickelten Rechtsgrundlagen weiter auf. Dabei werden auch die Gesetzesbestimmungen über die Erhebung und Einziehung der Kirchensteuer durch die staatlichen Finanzämter, welche der damalige sozialdemokratische Kultusminister von Schleswig-Holstein, Siegel, mit den Landeskirchen vereinbarte, im Vertrag jetzt aufgenommen.

Weiter regelt der Vertrag vom kirchlichen Raum her schulpolitische Fragen, welche die anerkannt muster-gültige Schulgesetzgebung Schleswig-Holstein offen liess, die durch den jetzigen Ausschussvorsitzenden

für Kultusfragen des Landtages, Siegel, in über sechsjähriger Tätigkeit zustandegebracht worden ist.

Bis zur letzten Minute haben die Unterhändler des Kabinetts von Hassel und die Beauftragten der Landeskirchen über Fragen des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen gerungen. Die Kirche hat die Aufsicht über den Religionsunterricht ausschliesslich den staatlichen Schulaufsichtsbeamten überlassen, falls diese evangelisch-lutherischen Bekenntnisses sind und die Lehrbefähigung für Religion haben. Ein unmittelbares Aufsichts- oder Einsichtsrecht haben die kirchlichen Instanzen nicht. Das ursprünglich gewünschte Besuchsrecht der Bischöfe beim Religionsunterricht ist im Vertrag nicht mehr enthalten.

Vom Verfassungsrechtlichen her gesehen ist allerdings noch die Bestimmung in Artikel 6 des Vertrages unstritten, wonach bei der Besetzung der Lehrerstellen nach Möglichkeit die bekenntnismässige Zusammensetzung der Schülerschaft berücksichtigt werden soll. Das stösst sich an den Bestimmungen des Grundgesetzes, wonach niemand wegen seiner religiösen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden und kein Lehrer gegen seinen Willen verpflichtet werden darf, Religionsunterricht zu erteilen.

Quer durch alle Fraktionen sind im schleswig-holsteinischen Landtag hinsichtlich dieser Bestimmungen verfassungsrechtliche Bedenken aufgekommen, die nichts mit der grundsätzlichen Begrüssung des Kirchenvertrages zu tun haben. Man verrät kein Geheimnis, wenn man sagt, dass Justizminister Dr. Leverenz (IDP) deshalb im Kabinett bei der Abstimmung über den Vortrag Stimmenthaltung übte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel